

Platz für Familienhäuser

Neubaugebiet: Kleinwallstädter Rat wünscht sich künftig mehr Grün statt Schottergärten – Aber kein Verbot

Von unserer Mitarbeiterin
CHRISTEL NEY

KLEINWALLSTADT. Planer Peter Matthiesen vom Planungsbüro FM Fache Matthiesen stellte in der Gemeinderatsitzung am Montag in Kleinwallstadt die Erschließungsplanung für das Neubaugebiet »Südlich Hofstetter Straße V« vor. Dort sollen Einfamilien- und Doppelhäuser gebaut werden. Eine größere, zentrale Fläche ist für eine mögliche Bebauungsvariante derzeit noch reserviert.

Hier könnte die Konzeptvergabe als städtebauliches Gestaltungselement in einem Wettbewerb an Investoren erfolgen. Deshalb sollten für diesen Bereich nicht allzu viele Festsetzungen getroffen werden, die die Gestaltungsvorschläge einengen. Vorgegeben sind deshalb nur Baulinien. Im Bebauungsplan soll dort ein durchgängiges Baufeld ausgewiesen werden, in dem keine Bauformen dargestellt sind.

Artenschutzrechtliche Prüfung

Bürgermeister Thomas Köhler informierte über eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung, die bereits auf dem Gelände stattgefunden habe. Zwar liegen die Ergebnisse noch nicht offiziell vor, aber einzelne Punkte, die bei dem weiteren Vorgehen beachtet werden müssen, wurden bereits mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem beauftragten Biologen besprochen. So müssen auf dem Gelände drei Bäume erhalten bleiben, weitere Totholzstrukturen wurden gefällt und an anderer Stelle an vorhandenen Bäumen befestigt, damit sie weiterhin Lebensraum für die unterschiedlichen Tierarten sind. Auch eine Eidechsenfläche muss auf ein mindestens 400 Quadratmeter großes Areal in unmittelbarer Nähe ausgesiedelt werden. 30 Biotopbäume sind außerdem auszuweisen, 8000 Quadratmeter Stein-



Die Rodungsarbeiten für den Lückenschluss Berliner Ring sind bereits fertig. Manche Bäume bleiben stehen.

Foto: Christel Ney

kauz-Ausgleichsfläche muss bereitgestellt und Nistkästen für Steinkäuze und Fledermäuse müssen aufgehängt werden – dies alles als Ausgleich für eine relativ kleine Fläche.

Vorgeschrieben werden in dem neuen Baugebiet die Zahl der möglichen Wohneinheiten sowie die zweigeschossige Bauweise plus Dachgeschoss. Bei einer Gegenstimme wurde der Entwurf gebilligt. Ausführlich wurde allerdings darüber debattiert, ob in dem neuen Baugebiet auch Schottergärten angelegt werden dürfen. Matthias Staab vom örtlichen Bund Naturschutz hatte beantragt, dies nicht zuzulassen.

Unterstützung bekam er von der Fraktion der Grünen. Annette Horn sprach sich dafür aus, ein Verbot auszusprechen, wenn dies rechtlich möglich sei. Ausführlich benannte sie die Nachteile solcher

Gärten für die Umwelt. »Die SPD setzt sich für mehr Biodiversität und gegen den Trend zu Schottersteingärten ein«, erklärte deren Fraktionsvorsitzender Marco Wetzberger. Er sprach sich dafür aus, die Bürger hier über alternative Möglichkeiten der Gartengestaltung zu beraten.

Nicht zu viel vorgeben

Heiner Trenner (FWG) war der Ansicht, dass man den Hausbauern nicht zu viele Details vorgeben sollte, vor allem nicht solche, die nur sehr schwer zu kontrollieren seien. Durch diverse Vorschriften hätten die Bauherren schon genügend Auflagen einzuhalten. Außerdem gäbe es keinen Grund, Stein- oder Schottergärten zu verbieten, die Versickerung sei auch nicht schlechter. Gegen Verbote war auch Achim Albert von der CSU. Man müsse von exzessi-

ven Vorschriften wegkommen und nichts erzwingen, sondern Anregungen geben.

Seitens der Verwaltung zitierte Markus Michler aus einem Schreiben der Unteren Naturschutzbehörde. Steingärten und deren Bepflanzung hätten aus Sicht des Naturschutzes zwar einen geringen ökologischen Wert, aber es gäbe keine Möglichkeit, sie zu verbieten. Bürgermeister Köhler betonte, dass eine Kontrolle aus vielerlei Gründen nicht, möglich sei. Ihm fehle auch bei solchen Verboten die Kreativität, zumal diese Regelung eine Ungleichbehandlung mit anderen Gebieten darstelle. Er schlug vor, eine Empfehlung auszusprechen und parallel einen Wettbewerb »Grün statt Grau« auszurufen. Mit elf zu neun Stimmen sprach sich der Gemeinderat schließlich gegen ein Verbot von Schottergärten aus.

Konzept der Ferienbetreuung überdenken

Gemeinderat: Kleinwallstadts Bürgermeister antwortet auf eingereichte Fragen – Ersatz für Bürgerversammlung

KLEINWALLSTADT. In der Gemeinderatsitzung am Montag in Kleinwallstadt beantwortete Bürgermeister Thomas Köhler einige Bürgerfragen, die als Ersatz der Bürgerversammlung schriftlich im Rathaus eingereicht wurden. Köhler informierte:

• In Hofstetten wurde die komplette Straßenbeleuchtung auf LED-Technik umgestellt. Deshalb gäbe es dort im Gegensatz zu Kleinwallstadt, wo nur die alten Quecksilber-Hochdrucklampen ausgetauscht wurden, keine gelben Lampen mehr. Die grellen Leuchten seien für Insekten am wenigsten schädlich. Bewegungsmelder seien zwar technisch möglich, aber relativ teuer und unter rein wirtschaftlichen Aspekten nicht rentabel. Trotzdem werde ein Preisangebot eingeholt.

• Neben der Außensanierung des Rathauses in Hofstetten sollten solche Arbeiten auch im Inneren ausgeführt werden. Das geschehe nach der Erweiterung des Torhausgebäudes und dem Umzug in das neue Gebäude.

• Die Schließung des Bolzplatzes in der Coronazeit sei eine Vorgabe der Bayerischen Staatsregierung, die umgesetzt werden musste.

• Ob es auf der neuen Südbrücke ein Tempolimit von 50 km/h geben wird, falle nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde.

• Dass das Amtsblatt kostenlos für die Bürger sein sollte, wurde vom Gemeinderat letztmals im Mai 2018 abgelehnt.

• Es wurde angeregt, das Konzept der Ferienbetreuung durch die Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration

(GFI) zu überdenken. Das Angebot solle an alle Eltern gehen und die Jugendbeauftragten einbezogen werden.

• Der Druck von Informationen der Verwaltung auf reinem Umlapppapier sei schwierig, da auch kein beidseitiger Druck möglich sei. Auch sei Verschleiß an Druckermaterialien wesentlich höher. Würde das Amtsblatt wie gewünscht im A4-Format gedruckt, könnte die bisherige Druckerei nicht mehr liefern. Ein alternatives System in Print- und Digitalform wird aber diskutiert.

• Die geltende Geschäftsordnung verbiete derzeit, Marktratssitzungen im Internet zu übertragen. Außerdem könnten ältere Mitbürger mangels digitaler Möglichkeiten dann auch nicht teilnehmen.

• Würden die Beschlüsse des Ge-

meinderates im Amtsblatt veröffentlicht, wäre das mit einem hohen Mehraufwand verbunden. Der Gemeinderat könne dies aber beschließen.

• 79 Hektar der Waldfläche und damit etwa elf Prozent der Waldfläche seien aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen worden.

• Laut Köhler würden nach dem Lückenschluss Berliner Ring in Kleinwallstadt die aus Richtung Hausen kommenden Fahrzeuge, die auf die andere Mainseite wollen, sicher nicht vermehrt diese Straße nutzen, da die Zufahrt von Hofstetten Richtung Gewerbegebiet Süd zur Südbrücke wesentlich einfacher und schneller sei.

• Beim Wohnmobilstellplatz halten sich Einnahmen und Ausgaben mit etwa 10 000 Euro die Waage. ney

GEMEINDERAT KLEINWALLSTADT IN KÜRZE

KLEINWALLSTADT. In seiner Sitzung am Montag behandelte der Kleinwallstädter Rat noch folgende Themen:

Fahrdienst: Aus nichtöffentlicher Sitzung berichtete Bürgermeister Thomas Köhler, dass in begründeten Ausnahmefällen ein Fahrdienst zum Impfzentrum seitens der Gemeinde eingerichtet wird. Die Fahrten werden von ehrenamtlichen Personen übernommen. Sollten Impfungen beim Hausarzt angeboten werden, werde dieser Dienst wieder eingestellt.

Gedenken: Kleinwallstadt wird sich mit zwei Holzbalken, die als Koffer gestaltet sind, an dem Projekt Denk-Ort Deportationen beteiligen. Damit soll an die Deportation und Ermordung der Juden erinnert werden.

Ehrungen: Mit einer Dankurkunde des Bayerischen Staatsminis-

ters des Innern, für Sport und Integration wurden verdiente Gemeinderatsmitglieder für ihr langjähriges Wirken in der kommunalen Selbstverwaltung ausgezeichnet. Köhler überreichte die Urkunden für ihre jeweils 18-jährige Tätigkeit an: Achim Albert, Hildegard Beck, Uwe Rohe, Elisabeth Seuffert (alle CSU), Helga Ostheimer (SPD) und Heiner Trenner (FWG).

Sicherheitswacht: Richard Salzer, stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Obernburg, stellte dem Gremium das Konzept einer Sicherheitswacht vor. Diese soll in Zusammenarbeit mit Polizei und Bevölkerung tätig werden und im Ort zusätzlich für Sicherheit an lokalen Brennpunkten sorgen. Die Helfer machen Streifengänge und melden relevante Vorkommnisse. Die Mitglieder der Sicherheitswacht sind speziell ausgebildet und durch Dienstkleidung als sol-

che erkennbar. Die Tätigkeit erfolgt ehrenamtlich mit einem Umfang von maximal 300 Stunden im Jahr. Der Freistaat zahlt eine pauschale Aufwandsvergütung. Diskutiert wurde darüber, ob der Einsatz einer Sicherheitswacht für Kleinwallstadt sinnvoll und notwendig ist. Nach dem Motto: »Hinschauen, statt wegschauen« gewährleistete die Präsenz eine gewisse Sicherheit, so Salzer. Ob Kleinwallstadt an diesem Projekt teilnimmt, soll in einer späteren Gemeinderatsitzung entschieden werden.

Stiftung Altenhilfe: Köhler informierte über die Förderbilanz der Stiftung Altenhilfe zum 31. Dezember 2020. Demnach gingen 95 000 Euro an ambulante, voll- und teilzeitstationäre Pflegeeinrichtungen im Landkreis, davon 8700 Euro an die Rohe'sche Altenheimstiftung. Diese erhielt seit Gründung der Stiftung 386 000

Euro von insgesamt 2,7 Millionen Euro.

Bauamt: Seit 1. März ist Manuel Bergold als neuer Mitarbeiter im Bauamt im Dienst.

Schule: Bei einem Brand an der Josef-Anton-Rohe-Schule entstand ein Schaden von etwa 25 000 Euro. Kai Thoma ist seit Mitte Februar nicht mehr Rektor, seine Stelle wurde ausgeschrieben.

Ladestation: Die Ladestation mit zwei Anschlüssen für Elektrofahräder am Bahnhof in Kleinwallstadt ist installiert und betriebsbereit.

Friedpark: In der Septembersitzung des Bauausschusses wurde der Entwurf zur Errichtung eines kleinen Friedparks im Friedhof Hofstetten beauftragt. Aktuell laufen die Arbeiten in diesem Bereich. ney